

Stellungnahme zur Budgetvorschau des Bundesministeriums für Finanzen für die Jahre 1965—1968

I. Einleitende Bemerkungen

Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen begrüßt die Bestrebungen des Finanzministeriums, eine mehrjährige Budgetvorschau zu erarbeiten. Eine solche mehrjährige Budgetvorschau, die später auch tunlichst die anderen öffentlichen Haushalte umfassen sollte, stellt nämlich die Voraussetzung für ein längerfristiges Budgetkonzept und dieses wieder die Grundlage einer rationalen Budgetpolitik dar. Für eine rationale Budgetpolitik ist es kennzeichnend, lang- und kurzfristigen Erfordernissen gleichermaßen Rechnung zu tragen, um auf diese Weise Wirtschaftswachstum, ein hohes Maß an Stabilität sowie die Verwirklichung gesellschaftlicher Zielsetzungen zu gewährleisten.

Die Präsidenten der vier großen Interessenvertretungen haben schon im Oktober 1963 in einem an den Herrn Bundeskanzler gerichteten Schreiben als eine der Hauptaufgaben des Beirates die Erstellung von Untersuchungen genannt, die zu einem längerfristigen Budgetkonzept führen. Mit seinen „Vorschlägen zur Neugestaltung der Budgetpolitik“ hat der Beirat im Juni des Jahres 1964 in dieser Richtung der Öffentlichkeit erste Vorarbeiten unterbreitet.

Die vorliegende Budgetvorschau bedeutet einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Erstellung eines längerfristigen Budgetkonzeptes. Auch dafür finden sich in den erwähnten Vorschlägen des Beirates konkrete Anregungen, auf die in diesem Zusammenhang besonders verwiesen wird. Diese Vorschau verdient um so größere Anerkennung, als es sich für Österreich um den ersten derartigen Versuch handelt und dieser verständlicherweise mit großen Schwierigkeiten verbunden ist: An ausländische Vorbilder kann kaum angeknüpft werden, da auch in anderen Staaten erst geringe Erfahrungen gesammelt wurden. Dementsprechend sind die Methoden der Prognose wenig entwickelt. Schließlich herrscht in Österreich ein Mangel an fachlich geschultem Personal und manche institutionelle Voraussetzungen fehlen.

Bevor der Beirat im folgenden zur vorliegenden Budgetvorschau

Stellung nimmt, muß darauf hingewiesen werden, daß wegen der Kürze der Begutachtungsfrist und mangels eigener Informationsmöglichkeiten das unterbreitete Zahlenmaterial im einzelnen nicht auf seine Konsistenz überprüft werden konnte. Die Stellungnahme des Beirates mußte sich diesmal im wesentlichen auf die Erörterung der voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung und deren wirtschaftspolitischen Voraussetzungen sowie der Methode und Technik der Budgetvorschau beschränken.

II. Stellungnahme zu Anlage A: Die voraussichtliche Entwicklung des österreichischen Nationalproduktes 1965/68

Grundlage jeder Budgetvorschau ist eine verlässliche Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die vorliegende Budgetvorschau stützt sich auf eine Stellungnahme des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, in welcher die voraussichtliche Entwicklung der österreichischen Wirtschaft für die Jahre 1965—1968 skizziert wird. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hält für diese Periode ein reales Wachstum des Brutto-Nationalproduktes von durchschnittlich 4% für wahrscheinlich; nur unter besonders günstigen Umständen könnte mit einem Wachstum von 4,5% gerechnet werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß 1965 eine besonders gute Konjunktur herrscht. Schreibt man das Nationalprodukt dieses Jahres mit einer jährlichen Zuwachsrate von 4% fort, so werden die prognostizierten Werte des Nationalproduktes nur in Jahren mit einer ähnlich guten Konjunktur wie 1965 tatsächlich erreicht werden.

Obwohl der Beirat für diesen Zeitraum noch keine eigene Prognose erarbeiten konnte, schließt er sich der Prognose des Institutes insofern an, als ihm für die Jahre 1965 bis 1968 ein durchschnittliches reales Wachstum des Brutto-Nationalproduktes von 3,5 bis 4,5% jährlich als wahrscheinlich erscheint. Das Ausmaß des tatsächlichen Wirtschaftswachstums wird nicht zuletzt von den Maßnahmen der Wirtschaftspolitik abhängen. Das vom Wirtschaftsforschungsinstitut erwartete 4%ige reale Wirtschaftswachstum basiert darauf, daß eine betont wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik betrieben wird und Wachstumshemmnisse beseitigt werden; dies gilt um so mehr für die Obergrenze der Beiratsschätzung.

Derartige wachstumsfördernde Maßnahmen wären etwa: Angesichts der zu erwartenden Verknappung des Arbeitskräfteangebots ist die Zulassung von Fremdarbeitern und die Erhöhung der beruf-